

BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 17.08.2026

Entlastungen für Deutschland – mehr Netto vom Brutto, mehr Wachstum

Deutschland steckt in der längsten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Die deutsche Wirtschaft verliert an Wettbewerbsfähigkeit. Zu hohe Steuern und Abgaben belasten Bürger und Unternehmen.

Aus diesem Grund braucht Deutschland dringend einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel. Die Bundesregierung setzt nicht die notwendigen Impulse für Wachstum und Entlastung. Statt die Menschen und Unternehmen spürbar zu entlasten, drohen weitere Belastungen. Nach elf Jahren, in denen zumindest die kalte Progression steuerlich abgefedert wurde, ist selbst dieser steuerliche Inflationsausgleich von der schwarz-roten Bundesregierung nicht geplant. Diese Situation schwächt die Kaufkraft, hemmt Investitionen und verhindert dringend benötigte wirtschaftliche Impulse.

Wir stellen uns diesem Kurs entgegen. Wir stehen konsequent für Entlastungen, Leistungsanreize und einen wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort Deutschland. Wer arbeitet, investiert und Verantwortung übernimmt, muss am Ende spürbar mehr von seinem Einkommen behalten.

Mehr Netto vom Brutto

- Wir ersetzen den derzeitigen linear-progressiven Einkommensteuertarif durch einen Vier-Stufen-Tarif von 15, 25, 35 und 42 Prozent. Damit wird der leistungsfeindliche Mittelstandsbauch beseitigt und zusätzliche Arbeit wieder belohnt. Langfristig soll die vierte Tarifstufe mit 42 Prozent entfallen. Der Spitzensteuersatz soll dann 35 Prozent betragen.
- Wir verankern eine 50-Cent-Regel gesetzlich: Allen Erwerbstätigen sollen nach Steuern, Abgaben und Transferentzug von jedem zusätzlich verdienten Euro mindestens 50 Cent verbleiben.
- Wir schaffen die nationale CO₂-Steuer ab.
- Wir streichen Lenkungs- und Bagatelsteuern sowie die Wegzugbesteuerung.
- Der Solidaritätszuschlag wird vollständig abgeschafft.
- Wir verhindern die kalte Progression dauerhaft, indem Freibetrag und Tarifstufen automatisch an die Inflation angepasst werden.
- Wir fördern den Vermögensaufbau, indem wir die Aktienkultur mit der Erhöhung des Sparerfreibetrags auf 10.000 Euro, der Übertragbarkeit nicht genutzter Freibeträge auf Folgejahre sowie mit einer neuen Haltefrist für Wertpapiere stärken.

In einem ersten Schritt streben wir eine Nettoentlastung von rund 31 Milliarden Euro an. Bei erfolgreicher Politik für mehr Wirtschaftswachstum und sinkende Staatsausgaben sollen weitere Entlastungsschritte für alle folgen.

Stoppschild für neue Belastungen

- Der Anstieg der Sozialabgaben, beispielsweise durch höhere Rentenbeiträge im Rahmen der Einführung der sogenannten Kapitalrente, muss gestoppt werden.
- Die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen bei der gesetzlichen Krankenversicherung muss gestoppt werden.
- Die Erhöhung der Pauschalbesteuerung von Minijobs sowie die geplante Abschaffung ebendieser muss gestoppt werden.
- Die Einführung neuer Steuern und Abgaben, wie zum Beispiel die Plastikabgabe, die Zuckersteuer oder Digitalabgabe, muss gestoppt werden.
- Die neue Systematik zur Besteuerung von Kryptowerten, die einen zentrales Element der Altersvorsorge vieler Anleger in Deutschland bilden, muss gestoppt werden. Die Haltefrist für Kryptowerte muss erhalten bleiben.

Jede Maßnahme, die zur Folge hat, dass die Menschen unmittelbar oder mittelbar mehr belastet werden und ihnen die eigenständige Vorsorge erschwert, muss abgewendet werden.

Wirtschaftliche Impulse setzen

- Die Senkung der Körperschaftsteuer soll bereits im Jahr 2027 in Kraft treten.
- Die Steuerbelastung von Unternehmen soll für alle unternehmerischen Einkünfte und Rechtsformen auf maximal 20 Prozent reduziert werden.
- Die Gewerbesteuer soll vereinfacht und angeglichen werden; Kommunen behalten Einnahmen und Hebesatzrecht.
- Die Erbschaftsteuer soll abgeschafft werden, um die Lebensleistung und den langfristigen Bestand standorttreuer deutscher Familienunternehmen zu respektieren.
- Ein sofortiges dreijähriges Moratorium für Bürokratie soll in Kraft treten. Während dieser Zeit dürfen keine neuen Regulierungen beschlossen werden, die für Unternehmen zu neuen bürokratischen Belastungen führen, es sei denn, sie sind vorher in gleichem Umfang abgebaut worden.
- Die Bundesregierung soll eine Initiative für ein Bürokratieabbau-Programm in der EU initiieren, um die unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) in den vergangenen Jahren auf den Weg gebrachten unverhältnismäßigen Maßnahmen, wie beispielsweise die neuste EU-Verpackungsverordnung, zurückzunehmen.
- Das deutsche Lieferkettengesetz wollen wir ersatzlos und vollständig abschaffen, ebenso wie entsprechende europäische Regulierungen.

Unser Anspruch ist klar: Mehr Netto vom Brutto, weniger Bürokratie und bessere Bedingungen für Investitionen und Arbeitsplätze. Wir wollen deshalb einen Staat, der Leistung nicht zusätzlich belastet, sondern ermöglicht.